

Interpellation Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Olympische Spiele 2026: Transparenz zu den Kostenfolgen und der Umweltverträglichkeit

Gemäss Medienmitteilung vom 14.12.2016 unterstützt der Regierungsrat des Kantons Bern die Kandidatur „2026. Les Jeux Swiss Made“ für die Olympischen Winterspiele 2026 mit einer Million Franken aus dem Lotteriefonds. Dies, falls Swiss Olympic das Projekt für eine internationale Kandidatur auswählt. Im April 2017 wird das Sportparlament von Swiss Olympic über eine schweizerische Kandidatur entscheiden. Das überregionale, dezentrale Konzept von „2026. Les Jeux Swiss Made“ sieht im Projekt Austragungsorte in den Kantonen Wallis, Bern, Freiburg, Waadt und Graubünden vor. Neben dem Zentrum im Wallis sind Wettkampforte im Kanton Bern in Kandersteg, Bern und Biel sowie ein zweites Olympisches Dorf in Thun vorgesehen. Es soll weitgehend auf bestehende Sportanlagen zurückgegriffen und die vorhandenen Verkehrsinfrastrukturen genutzt werden. In Kandersteg sollen die Skispringen, die Nordische Kombination und eventuell Langlaufwettkämpfe stattfinden, in den Städten Biel und Bern Eishockeyspiele. In der NZZ am Sonntag vom 11. Dezember 2016 erklärte der abtretende Stadtpräsident, die Austragung des Eishockeyturniers wäre für seine Stadt attraktiv, zumal Bern das grösste Eisstadion in Europa habe.

Es stellt sich die Frage, mit welchen Verkehrsmitteln die Sportler/innen und Beteiligten beim vorgesehenen dezentralen Konzept zwischen den verschiedenen Standorten transportiert werden. Die Regierung spricht dabei von „Chancen für längerfristige Optimierungen der Verkehrs- und Sportinfrastruktur“. Zum heutigen Zeitpunkt gibt es weder Transparenz über die finanziellen Auswirkungen noch für die Umwelt und die Gesellschaft. „Gleichzeitig ist klar, dass ein Sportanlass dieser Gröszenordnung ohne substanzielle finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand nicht möglich sein wird“, schreibt der Bundesrat und will im Herbst 2017 –gestützt auf ein entsprechendes Gesuch von Swiss Olympic – über Inhalt und Form einer Bundesunterstützung entscheiden und gegebenenfalls eine Botschaft erarbeiten.¹

Die Vorstellung, Olympische Spiele würden dem organisierenden Land enorme wirtschaftliche Vorteile verschaffen, ist weit verbreitet. Die positiven Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft werden vor allem von den Organisatoren unterstrichen. Sie betonen die Impulse für den Tourismus und das lokale Gewerbe sowie die Verbesserung der Infrastruktur. Die Erfahrungen der früheren Austragungsorte zeigen ein anderes Bild. Gigantische Bauruinen, Umweltbelastung und Mehrausgaben sind Zeugen dieser Mega-Anlässe. Die bisherigen Erfahrungen mit den Olympischen Spielen sind gemischt. Seit den Terrorangriffen sind die Sicherheitskosten geradezu explodiert. Dabei handelt es sich um nicht nachhaltige Ausgaben. Die Infrastruktur- und die Sicherheitsausgaben werden zu einem grossen Teil vom Staat

bezahlt. Deshalb stellt sich die Frage, ob der Öffentlichkeit mit einer anderen Verwendung dieser knappen Mittel nicht mehr gedient wäre. Es muss dabei abgewogen werden, ob nicht zum Beispiel höhere staatliche Ausgaben für die Bildung zukünftig einen besseren Nutzen bringen würden.

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Beteiligung der Stadt Bern sieht das Projekt Winterspiele 2026 konkret vor?
2. Was für Aus- und Neubauten wären für den Standort Bern notwendig bzw. vorgesehen?
3. Genügt das heutige Eisstadion in Bern den olympischen Anforderungen?
4. Von welchen „längerfristigen Optimierungen der Verkehrs- und Sportinfrastruktur“ wäre die Stadt Bern betroffen?
5. Welche Ausgaben im Rahmen der Projekteingabe wurden von Stadtseite bereits getätigt und/oder welche sind geplant?

¹ Medienmitteilung: Bundesrat führt erste Aussprache zu Olympischen Winterspielen 2026, 02.12.2016: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-64790.html>

6. In welchem Umfang ist mit Ausgaben der öffentlichen Hand in der Stadt Bern für Ausgaben für Sicherheit, Infrastruktur, Verkehr, Sportförderung, Umweltschutz, Nachhaltigkeit etc. zu rechnen?
7. Ist der Gemeinderat bereit, allfällige Winterspiele 2026 nach dem Grundsatz „CO₂-frei“ durchzuführen?
8. Ist der Gemeinderat bereit dafür zu sorgen, dass allfällige Winterspiele 2026 nach den höchstmöglichen ökologischen Standards (Abfall, Bodenverbrauch, Ressourcen, Wasser, Transport etc.) durchgeführt werden?
9. Wie ist der Gemeinderat in das Projekt und die Organisation involviert?
10. Wie wird gewährleistet, dass der Stadtrat in die weitere Planung einbezogen wird?
11. Wann unterbreitet der Gemeinderat dem Stadtrat eine Entscheidungsgrundlage zur Frage der Beteiligung an den olympischen Winterspielen 2026?

Begründung der Dringlichkeit:

Bereits im April 2017 entscheidet Swiss Olympic über das Projekt für eine internationale Kandidatur. Der Bundesrat hat Entscheide für Herbst 2017 in Aussicht gestellt. Da bis zum Entscheid von Swiss Olympic keine Debatte im Stadtrat vorgesehen ist, ist eine rasche Beantwortung der Interpellation im Hinblick auf die anstehenden Fragen angesichts der Grösse des Projekts vordringlich.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 12. Januar 2017

Erstunterzeichnende: Stéphanie Penher

Mitunterzeichnende: Leena Schmitter, Seraina Patzen, Ursina Anderegg, Eva Krattiger, Katharina Gallizzi, Franziska Grossenbacher, Lea Bill, Regula Bühlmann

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat in einem Erklärungsschreiben vom November 2016 gegenüber dem Kandidaturkomitee sein Interesse als möglicher Austragungsort der Olympischen Winterspiele kundgetan, Versprechungen wurden keine gemacht. Im Rahmen dieser Erklärung bestätigte der Gemeinderat lediglich, dass die Stadt Bern bereit sei, sich als Austragungsort an dieser Bewerbung zu beteiligen und ihr zum Erfolg zu verhelfen. Sollte die Bewerbung ausgewählt werden und die Schweizerische Eidgenossenschaft die grundsätzliche Zustimmung zu einer internationalen Bewerbung erteilen, werde die Stadt Bern zudem im Rahmen ihrer Möglichkeiten mithelfen und die nötigen Vorkehrungen für eine erfolgreiche internationale Bewerbung treffen.

Swiss Olympic muss beim Bundesrat bis am 31. Juli 2017 ein Gesuch um Unterstützung für die Kandidatur und die Durchführung der Olympischen Winterspiele 2026 und der Paralympics 2026 einreichen. Im Herbst wird der Bundesrat in einer Aussprache das Gesuch prüfen und die Eckwerte für eine allfällige Unterstützung festlegen.

Weitere Informationen zum Projekt finden sich unter www.sion2026.ch.

Zu Frage 1:

Gemäss den unter www.sion2026.ch aufgeschalteten Unterlagen, sieht das Projekt vor, dass in Bern in der Postfinance-Arena Eishockey gespielt wird.

Zu Frage 2 und 3:

Gemäss den unter www.sion2016.ch einsehbaren Unterlagen hat das Kandidaturkomitee Bern bzw. die Postfinance-Arena als "Blau = Bestehende oder nur geringfügige Ausbauarbeiten erfordernde Infrastrukturen" taxiert. Über weitergehende Informationen verfügt der Gemeinderat nicht.

Zu Frage 4:

Bei der im vorliegenden Vorstoss zitierten Passage handelt es sich um eine Aussage des Regierungsrats. Der Gemeinderat kann dazu keine weiteren Aussagen machen, er verfügt über keine weitergehenden Informationen (vgl. auch Antwort zu Fragen 2 und 3).

Zu Frage 5:

Keine.

Zu Frage 6, 10 und 11:

Die Folgekosten sind zurzeit nicht bekannt. Der Gemeinderat hat bis zum heutigen Zeitpunkt auch keine konkreten finanziellen Zusagen gemacht. Die Kosten werden vom Kandidaturkomitee im Rahmen der Vertiefungsphase des Projekts definiert. Gemäss der vom Gemeinderat unterzeichneten Erklärung könne der Gemeinderat erst in Kenntnis der detaillierten Anforderungen an die Stadt Bern und ihrer Infrastrukturen zum gegebenen Zeitpunkt die definitive Zustimmung erteilen.

Wird der Kandidatur-Entscheid positiv ausfallen und später die Höhe einer allfälligen Kostenbeteiligung für die Stadt Bern bekannt sein, wird die Kostenfrage im Rahmen der städtisch vorgeschriebenen Zuständigkeiten geklärt werden. Der Gemeinderat geht davon aus, dass eine allfällige Beteiligung der Stadt Bern mit Kosten verbunden sein würde, die zumindest in die Zuständigkeit des Stadtrats fallen. Damit ist gewährleistet, dass die tatsächliche Beteiligung der Stadt Bern an Olympischen Winterspielen in jedem Fall von der Zustimmung des Stadtrats, allenfalls sogar der Stimmberechtigten, abhängen wird. Der Gemeinderat wird den Stadtrat in der Vorphase dieses Entscheids regelmässig (mindestens jährlich) über den Stand des Dossiers Olympia-Kandidatur orientieren.

Zu Frage 7:

Sollten in der Schweiz tatsächlich Olympische Winterspiele stattfinden, wird sich der Gemeinderat gegenüber den Verantwortlichen dafür einsetzen, dass diese dem Grundsatz "CO2-frei" nachleben.

Zu Frage 8:

Ja, er ist bereit, sich dafür einzusetzen.

Zu Frage 9:

Der Gemeinderat hat die eingangs erwähnte Erklärung abgegeben, weiter ist er bis dato nicht in das Projekt einbezogen.

Bern, 10. Mai 2017

Der Gemeinderat